

Region

Kontroverse um Zwischennutzung

Biel Die SP wollte das Reglement zur Umsetzung der Volksinitiative «Leerraum beleben!» verschärfen, die SVP dem Papier jegliche Zähne ziehen: Der Stadtrat hat gestern stundenlang über die sogenannte Zwischennutzungsinitiative debattiert.

Lino Schaeren

Der Bieler Stadtrat hat die Umsetzung der Volksinitiative «Leerraum beleben!» gestern äusserst kontrovers diskutiert. Dies nicht nur wegen des vom Gemeinderat vorgelegten Reglements, sondern vor allem auch aufgrund der zahlreichen Änderungsanträge von links bis rechts. Die sogenannte Zwischennutzungsinitiative sieht eine Meldepflicht für Hausbesitzer vor für Räume ab 15 Quadratmetern, die länger als drei Monate leer stehen. Die Stadt soll diese dann an mögliche Zwischennutzer vermitteln.

Die Fraktion SP/Juso wollte die Umsetzung der Initiative verschärfen: Nicht nur der Fokus soll auf nichtgewinnorientierten Projekten liegen, es sollen nur solche zugelassen werden. Zudem sei die Stadt bei Zwischenutzungen als Vertragspartei vorzusehen, falls dies vom Zwischennutzer oder Besitzer verlangt wird.

SVP multipliziert und dividiert

Ganz anders die Fraktion SVP/Die Eidgenossen. Sie wollte die Raumgrösse, die gemeldet werden soll, mit zehn multiplizieren: Das Reglement soll erst ab 150 statt ab 15 Quadratmetern greifen. Die mögliche Busse, die bei Nichteinhalten des Reglements ausgesprochen werden kann, sollte hingegen durch zehn dividiert werden: 500 statt 5000 Franken. Am liebsten hätte die SVP aber die Möglichkeit des Büssens ganz unterbunden, ebenso der PRR. Zudem stellte die Fraktion SVP/Die Eidgenossen den Antrag, dass die Hausbesitzer nicht zur Meldung von Freiraum verpflichtet, sondern lediglich dazu «angehalten» werden können und dies nach einem Leerstand von sechs Monaten statt schon nach dreien.



Gilt allenthalben als vorbildliche Zwischennutzung: Die ehemalige Heimstätte des FC Biel, das Gurzelen-Stadion.

LSG

Der Stadtrat hat zudem:

- Eine Anpassung der baurechtlichen Grundordnung im Bereich Mett-Zentrum und auf dem Areal Brühlstrasse genehmigt. An beiden Standorten soll eine Überbauung mit Wohn- und Geschäftsnutzung entstehen, dort, wo im Zentrum früher das Restaurant Bären stand, soll ein neugeschossiger Turm entstehen, an der Brühlstrasse eine grosszügige Überbauung mit vier bis acht Geschossen. Im Rat waren die Projekte grundsätzlich unbestritten. Aufhorchen

liess jedoch, dass die Bieler FDP, analog zur nationalen Partei, den neuen Klima-Kurs in den Vordergrund rückte: Sie hätte es laut Sprecher Thomas Strässler gerne gesehen, wenn die künftige Bauherrschaft bereits in der Grundordnung zum Anschluss an ein Fernwärmenetz verpflichtet worden wäre. Dasselbe gelte für das Einhalten «eines gewissen Minergie-Standards». Das sorgte bei den linksgrünen Fraktionen für Verwunderung und Zustimmung. FDP-

Stadtrat Peter Bohnenblust präziserte deshalb, dass das Festschreiben von energietischen Vorgaben keine neue Haltung des Freisinns sei, sondern lediglich eine verstärkte.

• 3,8 Millionen Franken für den Bau einer neuen Leichtathletikanlage im Bözingenfeld einstimmig genehmigt. Die sechsspürige Bahn soll rund um das Fussballfeld Längfeld 1 entstehen, auf dem der FC Bözingen 34 und der FC Mett ihre Heimspiele austragen. Die Anlage dient als Ersatz

für die alte Aschenbahn auf der Champagne, die in absehbarer Zeit der Schulhauserweiterung weichen müssen. Das Projekt war im Rat völlig unbestritten, obschon der Kostenrahmen deutlich nach oben korrigiert wurde – die 3,8 Millionen Franken rechtfertigen sich laut Gemeinderat deshalb, weil die neue Bahn praktisch für alle Leichtathletik-Anlässe wettkampftauglich wird. Zudem wird der Hauptplatz der beiden Fussballvereine komplett neu erstellt. lsg

Die FDP hingegen hatte zu Beginn der gestrigen Sitzung aufgrund der vielen Änderungsanträge beantragt, das Geschäft bis nach den Sommerferien zu verschieben, damit diese fraktionsintern diskutiert werden können. Das wurde abgelehnt – worauf der Freisinn gar nicht erst auf das Reglement eintreten wollte, was eine Volksabstimmung zur Initiative zur Folge gehabt hätte – auch dies blieb chancenlos.

Was folgte, war ein zähes Ringen um die einzelnen Punkte der Abänderungsanträge. Die Begehren von rechts, dass erst Räume ab einer Grösse von 150 Quadratmetern gemeldet werden sollen, fand keine Mehrheit. Kompliziert wurde es bei der Frage, ob auch gewinnorientierte Projekte vermittelt werden sollen. Die Vertreterinnen und Vertreter des Initiativ-Komitees argumentierten, man laufe Gefahr, dass gewinnorientierte Vorhaben den Zwischenutzungsgedanken quasi «unterwandern» könnten.

«Niemanden ausschliessen»

Stadtpräsident Erich Fehr (SP) hielt dem entgegen, dass man die grösste Chance auf viele Zwischenutzungen habe, wenn niemand ausgeschlossen werde: «Schliessen wir etwas aus, verbauen wir uns eine Chance, etwa auf gemischte Nutzungen», sagte Fehr. Der Stadtrat folgte dem Gemeinderat: Die SP/Juso-Fraktion stand mit ihrem Willen, alle gewinnorientierten Nutzungen auszuschliessen, ziemlich alleine da.

Die Diskussion dauerte zu diesem Zeitpunkt bereits zwei Stunden an und sollte noch länger weiter gehen: Zu Redaktionsschluss stand eine Abstimmung darüber, ob der Stadtrat das Reglement genehmigt oder nicht, noch aus.

Ob der Stadtrat das Reglement genehmigt hat, lesen Sie unter www.bielertagblatt.ch/leerraum

Reklame

Herzlich willkommen in Arch



Römerstrasse West 27

Erstbezug Eigentums- und Mietwohnungen
Wir verkaufen bzw. vermieten moderne, hochwertige 3½ und 4½-Zimmer-Wohnungen im ländlichen Arch. Für Geniesser der grossartigen, nahen Erholungsräume eine Traum.

Bezugstermin: ab sofort

Weitere Infos unter: www.immopulse.ch
Swiss Life GA Biel-Seeland
+41 32 328 89 80 – Erika.Burri@swisslife.ch
Ich freue mich auf Ihren Kontakt.

Den Frauenstreik ins Parlament tragen

Biel 1150 Personen haben den Forderungskatalog unterzeichnet, den das Bieler Frauenstreik-Kollektiv dem Gemeinderat übergeben hatte. Gestern wurde den Anliegen im Bieler Stadtrat mit Vorstössen Nachdruck verliehen.

Als am Frauenstreik-Tag, dem 14. Juni, in Biel tausende Frauen demonstriert haben, machte auch eine Petition die Runde. 1150 Unterschriften kamen auf dem Zentralplatz innert weniger Stunden zusammen, die vom Bieler Gemeinderat unter anderem faire Chancen für Migrantinnen, Massnahmen gegen Gewalt an Frauen oder ein Mädchenhaus für Biel fordern. Gestern hat das Bieler Frauenstreik-Kollektiv die Protestfahnen noch einmal hervorgeholt und die Petition an die Stadtkanzlei übergeben – der Gemeinderat hat jetzt sechs Monate Zeit, Stellung zu beziehen.

Für die Organisatorinnen des Bieler Frauenstreiks ist es damit aber nicht getan. Sie gehen einen Schritt weiter und verleihen ihren Anliegen mit einer regelrechten Vorstössflut im Bieler Stadtrat Nachdruck. Vier Postu-

late und eine Motion wurden gestern Abend im Parlament eingereicht. So wird der Gemeinderat etwa aufgefordert, ein Pilotprojekt gegen Gewalt in den Quartieren zu erarbeiten. Als Grundlage solle das Projekt «Stadtteile ohne Partnergewalt (StoP)» der Stadt

Bern dienen, das letzten Februar angestossen wurde.

Auch ausserhalb des Stadtparlaments sieht das Bieler Kollektiv seine Arbeit mit dem Frauenstreiktag nicht als getan. An der Auswertungssitzung vom vergangenen Montag wurde be-

schlossen, ab nächstem Monat regelmässig informelle Treffen, sogenannte Stammtische, durchzuführen. Diese sollen, in Anlehnung an den Frauenstreik, jeden Monat jeweils immer am 14. stattfinden. Die Treffen sollen allen Interessierten offenstehen. lsg



Die Fahnen wieder hervorgeholt: Das Bieler Frauenstreik-Kollektiv hat gestern die Unterschriften an Vize-Stadtschreiber Julien Steiner übergeben.

LSG